

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Zeitung für Stadt u.



Anzeigenpreis für die einsp. Zeile oder deren Raum 20 Pf., für Orts-
kleine Anzeigen, Querein- und Familien- 25 Pf. Die Erhaltung für die
in der Beilage über die Beilage des Monats wird von den Lesern der
Anzeigen in Zahlung genommen. Gewerbetreibende sind anzufragen über
Berechnung. - Bekanntmachung 75 Pf., für die Zeile und 2.000 Zeichen gratis.

Umtliches Anzeigenblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 278.

Mittwoch, den 27. November 1918.

158. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen

Seite 4 betr.:

Erhöhung der Brotmenge.
Bestimmung der Wochenenteile.

Tageschronik

Die Berliner Konferenz der deutschen Einzelstaaten.

Angriff der Volkshewit auf das Baltikum.

Wilson will sofort Lebensmittel liefern.

Polen in den Händen der Polen.

Japans Forderungen für den Frieden.

Rückkehr unserer Konsuln aus Rußland.

Der bayerische Ministerpräsident gegen Hindenburg.

Amtliche Bekanntmachungen des K. u. G. Rates.

Sammlung von Ausrüstungsfunden.

Berlin, 25. Nov. Amtlich. Alle A. und G. Räte werden gebeten, Vorkehrungen zu treffen, daß alle Waffen- und Ausrüstungsfunde, die auf Bahnhöfen oder anderen Orten von Truppen oder einzeln reisenden Angehörigen niedergelegt oder abgegeben worden sind, gesammelt, bewahrt und bei der ersten Gelegenheit dem nächsten Militärdepot zugeführt werden. Auslieferung dieser Befehle wird große Werte des Volkswortens erhalten.

K. A. Unterstaatssekretär Göhre. Reinhardt.

Enteignung und Vermögensbeschlagnahme!

Einem Zeitungsverleger gegenüber äußert sich Staatssekretär Bauer über die nächsten Aufgaben des Reichsarbeitsamtes:

In diesen Tagen wird eine Verordnung herauskommen, die das Recht der Enteignung zu Gunsten des höchsten Wohnungsweins erheblich erweitert, was vereinfachen wird. Es ist in Aussicht zu nehmen, daß, falls, was je früher ist, eine hochprozentige, gegen wir 30 Prozentige oder noch höhere Vermögensabgabe zur Deckung unserer Schulden eingeführt wird, die Grundbesitzer diese Abgabe in Form von Grund und Boden tragen können. Der Abbau des Großgrundbesitzes ist selbstverständlich, ein erstrebenswertes Ziel.

Wilson will Lebensmittel liefern.

Eine Note Lansing's.

Berlin, 25. Nov. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachfolgende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing erhalten:

In der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 11. November erklärte der Präsident, daß die Vertreter der vereinigten Regierungen im Obersten Ratsrat in Versailles in einem einstimmig gefassten Beschluß den Vorschlag der Mittelstände zugestimmt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versorgen, und um die traurige Not zu erleichtern, die an so vielen Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Hilfswort systematisch zu organisieren.

Zugabe von Lebensmitteln für Deutschland.

Von amerikanischer Seite hört der Haager Berichterstatter der A. M. N., daß bereits Ende der letzten Woche im Haag deutsch-englische Verhandlungen zur Freigabe von Lebensmitteln für Deutschland stattgefunden haben.

Die Verluste des amerikanischen Heeres.

Washington, 23. Nov. General March teilte mit, daß die Gesamtverluste des amerikanischen Heeres bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes 53 169 Tote, 179 625 Verwundete und 3329 Gefangene und Vermisste betragen.

Die Reichskonferenz in Berlin.

Berlin, 25. Nov. An der Konferenz der deutschen Bundesstaaten, die heute unter dem Vorsitz von Ebert am Vormittag zusammentrat, waren alle deutschen Staaten und die Provinz Schleswig-Holstein mit Ausnahme von Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Rostburg-Golba, Schwarzburg-Sondershausen u. Waldeck vertreten. Als Vertreter Preussens waren Hirth und Stöbel, als Vertreter Schleswig-Holsteins Kirchhöfer vom Ober-Ausschuß erschienen.

Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Vorsitzenden, Volksbeauftragten Ebert, eröffnet. Er führte aus: Die Arbeit, die uns hier vorliegt, ist von allergrößtem Interesse für unser Land und Volk. Die nächsten Aufgaben sind: schneller Frieden und Sicherheit des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht hoch wegschlagen, hat dies die allergeringsten Folgen. Die Rettung heißt: Waffenstillstand. Hierzu muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Widerstand einbringen. Denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos ohne Brot und ohne Arbeit. Solidarität muß sich überall geltend machen. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigster Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Voreinstimmig muß ein Verbot zwischen Einzelländern und Reich geschlossen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Staatssekretär Eoff:

Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten im Kriege sich als ausschlaggebend erwiesen hat, haben wir uns mit unserem Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gewendet. Außerdem hat Wilson als einziger ein ehrliches und passifisches Programm vertreten, während alle anderen Gegner in Deutschland Ruhe und Ordnung aufgeschrien haben, sonst drohe es nach den Worten Wilsons mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei eine Antwort Wilsons eingegangen, welche die Verhandlung in Aussicht stellt. Herrsche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich der Siegestaumel an der Tagesordnung. Seine öffentliche Meinung bringe vor allem auf Unterordnung jeglichen Volkshewits, aber es scheint fast, als wolle man in Paris keinen Frieden, sondern hoffe, durch Fortsetzung des Separatismus das Deutsche Reich zu zerstören.

In Polen

Ist es das Bestreben der Regierung, die deutsche Kapitulation zu erleichtern, obwohl die Volksstimmung anders gerichtet sei. Dem deutschen Gedanken ist die Mitteilung gemacht worden, daß man auf freundschaftliche Beziehungen zum Reiche Wert lege. Unmöglich wäre ein Ueberwiegen in der Regierung durch die nationaldemokratische Partei, die ententefreundlich und deutschfeindlich sei.

In der Ukraine

schien sich der Gedanke des russisch-österreichischen Staates durchsetzen zu wollen, wenn sich auch Gegenbestrebungen bemerkbar machen. Aufstand sei von der alten Regierung im Interesse des notwendigen Friedensschlusses anerkannt worden und wir wollten auch im Frieden mit der Sowjetregierung leben. Das Ende der Sowjetregierung scheint bevorzustehen. Zusammenstoß kommt Eoff auf den unbedingten Vereinigungswillen Frankreichs zurück, dem die separatistische Eigenmächtigkeit im eigenen Lande in die Hände arbeite. So wenn der A. und G. Rat in Hamburg selbständige Beziehungen zur bolschewistischen Regierung aufnehme, oder wenn von anderer Stelle unter Ausruhen des Russischen Amtes auf der Welt nach Wien verhollet wurde. Er habe mit den Amerikanern loyal gearbeitet, aber der Vermittlung des Reiches könne er nicht ohne Protest zustimmen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse zerstörten alle Friedenshoffnungen. (Wehrlicher Widerstand). Die Konferenz müsse unbedingt zweierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keine Anträge stellen, welche die Einzelstaaten nicht anerkennen; 2. die Auslandsbeziehungen dürfen nur der Reichsregierung obliegen; 3. für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem zentralgelegenen Orte zu tagen habe, müsse bald der Termin festgesetzt werden. Denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten. Eoff schließt mit dem Wort, daß er dann an eine glückliche Zukunft der Revolution glaube, und sie nicht um ihre Früchte bringen wolle.

Staatssekretär Erzberger:

Er berichtet zunächst über den Beschluß des Kabinetts

am 8. November, dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Elob-Kathringen, entgegen den von Frankreich gestellten Bedingungen, nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet wurde. Die Punkte, in denen die Bedingungen eine Milderung erlitten, waren die Verlängerung der Räumungsdauer von 30 auf 36 Tage, die Ablieferung von 5000 Lokomotiven (statt 10000), die Bestimmung, daß die Rückgabe der deutschen Kriegsgüter in Form von Vorräten geregelt werde, endlich die Zulieferung der Versorgung mit Lebensmitteln. Vorläufig wird sich die Erfüllung der Bedingungen verhältnismäßig gut ab. Das Kriegsmaterial wurde ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100 000 Wagen abgeliefert werden. Die Abmachungen über die deutschen Kriegsgefangenen mildern zu können, erweise hoffnungsvoll.

Die Rückkehr der Gefangenen vollziehe sich normal. Unmöglich sei jedoch die Rückführung der gefangenen Russen vor dem 1. Februar 1919. In der Zwischenmittelfrage sei es dem ersten Mal eine entente-entnommene Delegation von Clemenceau eingetroffen. Er verweise sich auch viel von der Ansicht Hoover's in England. Er zweifle über die Möglichkeit, die Räumungstermine einzuführen, und befürchte, die Entente werde nach einem Restrikt, um in Deutschland einzurücken. Hieraus ergab sich die dringende Notwendigkeit des Präliminarvertrages.

Erzberger hofft er von einem solchen das endgültige Aufheben des Vorkriegszustandes und die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen. Im Falle seiner Verhinderung befürchte er Nachteile durch längere Belegung des linksrheinischen Gebiets und durch Verwirrung der polnischen Ansprüche in Polen und Oberschlesien schon während des Waffenstillstandes.

Eisner

erklärt hierauf, die Ausrufe von Eoff und Erzberger lassen wirklich nichts davon merken, daß von der Revolution ihre Arbeit getan wird. Man solle sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhändler lese. An ihrer Spitze standen vier Leute wie Erzberger, welche die Weltverteilung der öffentlichen Meinung organisiert haben. Eoff hält Verhandlungen mit Wilson für angebracht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die anderen unserer Gegner für minderwertig erklärt. Das muß ja den Frieden zum Scheitern bringen. Er lehne die Tätigkeit dieser beiden Männer als Konterrevolutionäre. Die Forderungen der Entente sind: 1. mit Männern zu verhandeln, die nicht zum alten System gehören. Clemenceau hat erst neuerdings erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gelten nicht dem deutschen Volke, sondern dem Kaiser Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen. Ihm müßten alle die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volkserates angesetzt werden sollten. Eoff, Erzberger und dergleichen seien für alle Zeiten erledigt. Die zweite Forderung der Entente sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu setzen, die das Vertrauen der Masse genießen. Wir brauchen eine Reichsregierung, die ohne Sentiment eine demokratische und soziale Politik treibt. Außerdem schlägt er die Einführung eines provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrates vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser beiden Forderungen könne der Separatismus unterbunden werden, den es in Bayern bekämpfe, der aber stärker sei als je.

Es sprachen noch Wolfgang Seine, Sartmann-Wien, Geiner-Gotha, Eipisch-Sachsen. Der Beauftragte im Auswärtigen Amt unterließ Eisners Forderungen.

Die Nachmittags-Sitzung

wurde eingeleitet durch den Volksbeauftragten Barth, der die Konstellation für notwendig erklärte, aber voreinstimmig die A. und G. Räte als Parlamentarier berufen will. Die Diskussion wolle niemand verlängern.

Präsident Meeres-Brandenburg wendet sich sofort gegen die Konterrevolution. Diktatur müsse so lange sein, bis die Verhältnisse sozialistisch umgewandelt seien. Die Regierung müsse von Volkswort weggeführt werden. Sie gehöre nicht auf ihren Platz. Nach kurzer Schlussantragsdebatte, in der Minister Hirth bedauert, nicht im Namen Preussens gegen die Vorkriegs-pressen Gebietsstellen protestieren zu können, wird auf Beschluß Eberts folgendes Resümee als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschlossen im Sinne der Reichseinheit zu wirken.

und parlamentarische Einrichtungen zu beschreiben.
2. Der Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Ansicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.
3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A- und S-Mitglieder der Reichsleitung die Vollständigen.
4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunigste Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Staatssekretär Müller vom Reichsamtstag schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wird:
„Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, ist die ungehörige Verlangung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern, um die deutsche Volkswirtschaft im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich.“

In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die Geschäftstätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.“
Staatssekretär Schiffer vom Reichsamtstag weist auf das Geheiß der Finanzverwaltung des Reiches hin. Er fordert aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung.

Cheer appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterfront der Welt zeigt, daß 50 Jahre der Erziehung zur Sozialdemokratie und zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Festlegung in der Nationalversammlung zu schaffen. Unter lebhaften Bravorufen dankt und schließt er dann die Reichssitzung.

Die Veröffentlichungen über die Vorgeschichte des Krieges.

In gedrängter Form berichten wir in unserer gestrigen Ausgabe schon über die Veröffentlichung von Geheimnissen aus dem Berliner Geheimdienstbesitz des Grafen Werdenfels aus dem Jahre 1914. Wegen des Aufstehens, das sie allgemein erregen, geben wir nachfolgend noch einige Einzelheiten aus den diplomatischen Archiven wieder.

Nach dem Bericht des Vapirische Gesandten soll die Behauptung unzutreffend sein, daß die deutsche Regierung über den Inhalt des österreichisch-ungarischen Ultimatum an Serbien aus Anlaß der Ermordung des Erzherzogs Thronfolgerin in Serajewo am 28. Juni 1914 überhaupt nichts wußte und in Fortschritt war, sondern durch die Aktion österreichisch-ungarischer Agenten wurde. Graf Werdenfels berichtet nämlich unter dem 18. Juli 1914 an die bayerische Regierung, daß der Unterstaatssekretär Zimmermann im Auswärtigen Amt in Berlin ihm als Inhalt der geplanten österreichischen Note folgende Forderungen mitgeteilt habe: 1. Einen Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen würde, daß die kaiserliche Regierung der großserbischen Bewegung vollständig fernstehe und sie nicht billige; 2. die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitwirkenden an der Mordtat von Serajewo und Teilnahme eines österreichischen Kommissars an dieser Untersuchung; 3. Entschuldigungen gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren. Freilich die Annahme dieser Forderungen ließ eine Frist von 48 Stunden gestellt werden.

Graf Werdenfels sagt als seine Meinung hinzu: Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg.“ In Berlin sei man, so folgert Graf Werdenfels weiter, durchaus nicht einverstanden, daß österreichisch-ungarische die günstige Stunde miße, selbst auf die Gefahr von weiterer Verzögerung hin, dem Wien (in Wien) das Recht des Vorgesichts, daß es sich für Österreichisch-ungarische um eine Schicksalsfrage handele, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Hören erklärt, daß wir mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließen, einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Russland hin. In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer englischen und unentschiedenen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorkäuflichkeit und Zurückhaltung gemacht worden sei.“

Nach der weiteren Darstellung des Grafen Werdenfels muß angenommen werden, daß sich sowohl die politische Stellung des Reiches wie der Generallia über die Absichten und die Stärke unserer Gegner getäuscht haben, denn man habe an beiden Stellen angenommen, daß England und Frankreich in jener Zeit ein Krieg kaum erwünscht gewesen wäre und daher beide auf Russland in friedlichem Sinne einwirken würden, daß Russland nur mit dem Schwerte drohe, es aber nicht gerne für andere ziehe und daß Frankreich in der Zwischenzeit seine Feinde gutem Willen, wenig Selbstverleugung und ein höchst feines Gewehr vorhanden seien.

Zu diesen Veröffentlichungen teilt die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ halbamtlich mit, daß sich die jetzige Reichsregierung mit einer zweifelsfreien dokumentarischen Geschichte des Krieges aus dem Akten des Auswärtigen Amtes befleißige, macht aber doch keine Bedenken geltend, daß eine bruchstückweise Veröffentlichung von Dokumenten der Ansicht einer vollen Aufklärung dienen könnte, denn auch der neue Anarch, wenn er auch keine Schandigen bedeuten wolle, habe doch nicht die Aufgabe, einseitige Anfragen auf die ehemalige deutsche Regierung zu häufen. Keim löschlich wird bemerkt: Nachdem die Veröffentlichung aus russischen Archiven durch die revolutionäre Regierung die Schuld der zaristischen Regierung klar ergeben hat, ist die neue deutsche Regierung bereit, festzustellen, ob Deutschland eine Mitschuld weißt. Das ganze Geheimnis der historischen Wahrheit wird jedoch erst hergestellt sein, wenn auch die Pariser und Londoner Archive durch das französische und englische Volk geöffnet sein werden.“

Das Wahlrecht der Frau.

Nach dem Erlaß der Regierung, daß in Zukunft alle Wahlen zu gleichgebenden Ämtern nach dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht auf dem Grundsatze der Verhältniswahl für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger bederlei Geschlechts vorgenommen werden sollen, erwachen der Frau, besonders den sie sich unter keine Wahlberechtigung will einziehen lassen, wenn ihr das Wahlrecht des Mannes einräumt, durch den Erlaß ist die Frau in das politische Leben hineingezogen worden und jede, ob sie früher Interesse für öffentliche Angelegenheiten gehabt oder nicht, muß nunmehr die Pflichten, die ihr das Hauswesen auferlegt, von Zeit zu Zeit mit denen teilen, die ihr aus der Beschäftigung mit den Angelegenheiten des Staates erwachsen. Die Sozialdemokratie hat ihre Frauen schon längst in das politische Leben eingeführt und sie zu bewußten Kampferinnen für die Interessen des Staates gemacht, dem sie angehört. Sie werden bei der nächsten Gelegenheit den Wahlen zur Nationalversammlung, insofern ihren Mann sichten, denn die zahlreichen sozialdemokratischen Frauenvereinigungen haben die sozialdemokratische Bewegung in den Mannschaften der Sozialdemokratie in dem Jahre zu Jahre weiter gepflanzt, damit geistig, daß auch die Arbeiterpartei erweckt sei, wenn der Ruf zu politischer Betätigung auf sie ergehen sollte. Die mühselste Arbeit der sozialdemokratischen Propaganda hat nie die Frau vergessen und schneller, als man es glauben konnte, ist nun der Zeitpunkt gekommen, da die Politisierung der Frau der Partei zugute kommen wird.

Nun ergeht auch an die Frau aus dem Bürgerstande der Ruf, sich zu rufen auf den Wahlkampf, in dem sie durch den Wahlzettel ihr Wort zu vernehmen müssen, wie ihr die Zukunft des Vaterlandes am besten gesichert erscheint. Schwer wird es ihr fallen, sich in die politischen Gedanken hineinzufinden, die ihr bisher fremd sein gelegen haben, denn solange hat man ihr stets gesagt, ihr Platz sei in der Hauslichkeit. Zwar bestanden vor dem Kriege schon Anlässe zu politischen Frauenorganisationen, besonders bei den liberalen Parteien, auch gab es eine Frauenorganisation in der konservativen Partei; in dessen das waren alles nur Anfänge, die uns für die kommenden Wahlen zur Nationalversammlung nicht allzu viel helfen werden. Es fehlen vor allem die politischen Lokalorganisationen, über die die Sozialdemokratie allenfalls verfügt. Gerade die Arbeit ist es ja, die bei ihnen so große Erfolge erzielt hat, und die hat heute keine Partei mehr, die sich so sehr wie möglich, denn die Sozialdemokratie hat in dieser Beziehung einen ungeheuren Vorrang, und der muß von den bürgerlichen Parteien ideellens eingeholt werden, wenn sie dem geschlossenen Ansturm der sozialdemokratischen Partei bei den Wahlen gewachsen sein wollen. Geleitet wird diese Arbeit dadurch, daß im Kreise der Komitee schnelle und gute Aufklärungsarbeit geleistet werden kann, aber leider ist es ja Tatsache, daß innerhalb der bürgerlichen Parteien auch bei den Männern viel politische Saubheit und Interessenslosigkeit zu finden ist. Die bürgerlichen Parteien sind ja in Deutschland zu häufig vertreten, aber Männer, die nicht mit Worten allein, sondern auch mit der Tat, mit Gut und Geld und intensiver Arbeit einwirken, wenn es gilt, ihren Ideen öffentlich Geltung zu verschaffen, haben wir immer gefehlt. Aber jetzt steht die Stunde arder Entscheidung bevor, und da heißt es für die bürgerlichen Parteien, ihre Gefolgschaft zu stärken, nicht die männliche allein, sondern auch die weibliche. Die selben politischen Frauenorganisationen können auch durch die überall bestehenden Frauenvereine erzieht werden, in denen ja schon viel wertvolle patriotische Arbeit geleistet worden ist. Die Aufgabe aber, die uns bevorsteht, nämlich die Stärkung und die Vorbereitung der Frau für die Wahlen, ist auch eine patriotische im wahren Sinne des Wortes; aber Eile tut nix, denn die Zeit ist wahrlich nicht kurz bemessen und sehr viel Arbeit ist in dieser Zeit zu leisten.

Der bayerische Ministerpräsident gegen Hindenburg.

München, 23. Nov. Der bayerische Ministerpräsident läßt folgendes eröffnen: Der bisherige (1) Generalfeldmarschall Hindenburg erlitt in letzter Zeit wiederholt Aufregungen, die geeignet sind, aufs empfindlichste die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu fören. Der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern nimmt Anlaß, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einmischung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschiedenen Protest einzulegen.

Um den Reichstag.

Berlin, 26. Nov. (Eig. Draht). Angeblich soll der Reichsagspräsident Hebenack die Absicht haben, den Reichstag für Anfang Januar einzuberufen. Aus parlamentarischen Kreisen wird hierauf mitgeteilt, daß man nicht mehr mit einer Einberufung des Reichstages rechnen, da selbstverständlich der Reichstag über die Einberufung nicht hinwegkommen würde. Von inard einer positiven Arbeit des jetzigen Reichstages kann gar keine Rede mehr sein.

Ein Frankfurter Parlament?

Berlin, 26. Nov. (Eig. Draht). Es floren Meldungen aus Wien vor, daß man sich dort bereits für die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. als Tagungsort bevorzugen würde.

Die Abrüstung der Deutschen Kriegsschiffe.

Berlin, 25. Nov. Die W. I. A. erklärt, wie die Abrüstung der in Wilhelmshaven, Embden und Bremerhaven liegenden Kriegs- und Hilfskriegsschiffe heute abend durchgeführt sein. Die Abrüstung der in Cuxhaven, Brunsbüttel, Hamburg und in der Ostsee liegenden Kriegsschiffe ist demnächst zu erwarten.

London, 26. Nov. Reuters. Heute um 9 Uhr fuhren vier Torpedoboots der englischen Flotte nach Kiel ab, darunter eine Flottille von Minenbooten, die nach Rognenham fährt, um die Zündvorrichtung von Seefähigkeit nach Kiel für größere Schiffe, die folgen werden, frei zu machen.

Rotterdam, 25. Nov. Aus London wird gedruckt: Die englische Presse hebt hervor, daß Deutschland nach der Auslieferung der Schiffe als Seemacht auf den letzten Platz gerückt sei.

Untergang eines deutschen Torpedobootes.
Berlin, 25. Nov. Nach einer Mitteilung vom 22. soll einer unserer kleinen Kreuzer bei der Abreise nach England auf eine Mine gelaufen und gesunken sein. Wir erfahren vorläufiger Stelle, daß es sich nicht um einen Kreuzer, sondern um ein Torpedoboot handelt, von dessen Bestimmung kein Untergang leider etwas bekannt ist und drei weitere schwer verunzucht wurden.

Noch ein energischer Protest der Frontsoldaten gegen die Diktatur.

Arsfeld, 25. Nov. Nachstehendes Telegramm ist heute an den Reichslandtag Ebert gesandt worden:

„In Berlin wird das Gerücht verbreitet, die vier Armee nehmen den Kampf gegen die Revolution auf. Wenn unter Revolution die Diktatur der Wintheit der Volkswaffen verstanden wird, so best ist das Gerücht mit den Tatsachen. Die vier Armee werben sich gegen die Wachenhaftigkeit der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Feind ins Land zu rufen. Möge sich die Revolution der Welt in unseren Reihen mit Worten konstatieren lassen, wer am Feinde Hand, muß sich legen, daß die Weltanschauung der Entente anerkanntlich nach dem Materialismus huldigt. In unmittelbaren Umgebungen von uns wurde dem Reichslandtag folgende Resolution an die Regierung zur Seite gehen, aber sie verlangt, in Berlin gesandt zu werden. Wer die Seinerzeit vertritt hat, läßt es nicht latentos geschehen, daß ohne kein Zutun über kein Schicksal entscheiden wird. Dies ist billiges Recht, nicht Revolution.“

Ein Armeekommandant gegen die Soldatenräte.

Die Eppharochenspende meldet aus Eberfeld: Einer Meldung der „Freien Presse“ zufolge hat der Kommandeur der Ersten Armee, General der Infanterie von Eberhardt, beim Vortreten der Rheinprovinz eine Kundgebung erlassen, in der es u. a. heißt:

„Mit dem Eintreten der Ersten Armee in der Rheinprovinz ist das Gebiet von der deutsch-luxemburgischen Grenze bis zum Rhein Operationsgebiet. Sollen sich in dem vorgenannten Operationsgebiet A- und S-Mitglieder bilden haben, so haben sie sich selbstverständlich der Militärgewalt unterworfen. Das Tragen roter Abzeichen wird auf das strengste verboten.“

Hierzu meldet die „T. U.“ aus Aresfeld, daß der dortige A- und S-Rat beim Volksbeauftragten Ebert dagegen Einspruch erhoben und verlangt hat, derartige Erlasse für die Zukunft unmöglich zu machen.

Was geht in Frankreich vor?

Genf, 25. Nov. Von gut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß in zahlreichen französischen Departements eine überaus starke revolutionäre Bewegung in Gang gekommen ist. Französische Fronttruppen, die zur Unterdrückung der Aufstände verwendet werden sollten, haben sich gewigert, mit den Waffen in der Sand nach Frankreich zu ziehen. Der Kern der Bewegung ist Paris.

Englisch-französisches Schiffsabkommen.

Zürich, 25. Nov. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht eine Note über ein sehr wichtiges englisch-französisches Abkommen. Der Vertrag besagt, daß England an Frankreich eine halbe Million Schiffsstapen abgibt.

Abreise der deutschen Konsulate aus Rußland.

Berlin, 25. Nov. Die russische Regierung hat sich nun doch entschlossen, die Abreise alterer bereit seit dem 6. November abzureisenden Generalkonsulate Moskau und Petersburg aus Rußland nicht länger zu verhindern. Nach eingetragener Werbung haben beide Generalkonsulate, ungefähr 800 Personen, die Domarationslinie überschritten und befinden sich auf der Weiterreise nach Berlin.

Kampf zwischen Volkswirten und deutschen Truppen.

Paris, 24. Nov. (Drohlos.) Von der einseitigen Regierung an die britische Regierung: Die Volkswirter haben die Schlachtfelder zwischen dem Finnischen Golf und dem Belpusee aufgestellt. Der erste Angriff wurde am 22. November durch die deutschen Truppen abge schlagen. Die einseitige Militärlia ist zur Unterdrückung der deutschen Truppen an die Schlachtfelder kommandiert. Es ist dringend notwendig, daß eine Flotte der verbündeten Mächte sobald als irgend möglich nach Reval kommt, um dem Anarchismus und dem unermesslichen Norden Einhalt zu tun.

Polen in den Händen der Polen.

Von einem aus dem polnischen Sprachgebiet der Provinz Polen nach Berlin zurückgekehrten Leser erzählt der „B. L. A.“ über die dortigen Verhältnisse: Die ganze Provinz Polen, soweit sie von polnischer Bevölkerung bewohnt ist, ist in Händen polnischer Soldaten preussischer Staatsangehörigkeit. Die Polen haben alle Telegraphenämter, alle Kasernen besetzt. Sie sind vollkommen Herren der Lage.

Eine polnische Legion aus preussischen Staatsangehörigen.

Die polnischen Soldaten aus Preußen, deren Zahl in Warschau auf 5000 und in ganz Kongresspolen auf 10000 geschätzt wird, haben eine polnische Legion gebildet.

Die Entente für die Heimannregierung in der Ukraine.

Die deutschen Truppen sollen die Ordnung aufrechterhalten.

Kiew, 25. November. Eine amtliche Mitteilung der ukrainischen Regierung besagt, daß die Entente die Unterdrückung des Hetmans und seiner Regierung beschloßen habe. In Odessa ist ein Vertreter der Entente eingetroffen. Er hat dem Hetman die baldige Ankunft von Entente-truppen in Aussicht gestellt. Die Entente hat dem

Ämtliche Anzeigen

Bekanntmachung über die Erhöhung der Brotmenge.

I. Grundmenge.
 Vom 1. Dezember 1918 ab wird die Tageslosgemenge an Mehl um 40 Gramm erhöht. Die Wochenbrotmenge beträgt dann 5 Pfund anstatt der bisherigen 4 Pfund. Vom 3. Dezember, dem Tage der neuen Brotmarkenausgabe ab, werden daher 5 Brotmarken zu je 1 Pfund auf den Kopf und die Woche auszugeben.

II. Zulagen.

Somit ausdrücklich Bestimmung des Kriegsernährungsamtes sind die Zulagen von 40 Gramm den Schwerm- und Schwermarbeiterinnen auf ihre bisherigen Zulagen anzurechnen, d. h. die ihnen bisher zuzurechnenden Mengen 5 1/2 und 7 Pfund Brot je Kopf und Woche bleiben nach wie vor unverändert. Jeder Schwermarbeiter erhält also zu der Grundmenge von 5 Pfund noch eine Protokollmarken von wöchentlich einem halben Pfund, während jeder Schwermarbeiter vier Protokollmarken von je einem halben Pfund wöchentlich erhält. Die Aufbesserung der Brotverforgung besteht für die Schwerm- und Schwermarbeiter in der Erhöhung der Brotmenge ihrer Familienangehörigen.

III. Reisbrotmarken.

Für jeden Reisetag werden zukünftig je 6 Stück oder zusammen 300 Gramm Brot auszugeben.

IV. Brotverzicht.

Schwarzbrot darf in den Einheitsgewichten von 2 1/2, 2 3/4 und 3 1/2 kg hergestellt werden. (Mänderuna des § 3 Abs. 1a der Verordnung vom 31. Juli 1918 - veröffentlicht in Nr. 181 des Merseburger Tageblattes -)

V. Strafen.

Zusammenfassend gegen die vorstehenden Vorschriften werden auf Grund von § 80 der Reichsgetreideverordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 50000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ungehörigen Gewerbetreibenden kann der Gewerbebetrieb auf längere oder kürzere Zeit untersagt werden.

VI. Inkrafttreten.

Die Bekanntmachung tritt mit dem 3. Dezember 1918 in Kraft.

Merseburg, den 18. November 1918.

Der Landrat.

H. v. Wilmowski.

Bekanntmachung über Wochenfettmenge.

Die Fettmenge für die Woche vom 24. bis 30. November 1918 wird hiermit für Merseburg-Land auf alle genehmigten Viehmengen bestimmt:

30 Gramm auf alle Kalbsetzmarken auf

50 Gramm auf alle Setzmarken auf

Merseburg, den 23. Nov. 1918.

Der Landrat.

H. v. Wilmowski.

Ausgabe von Quark auf

Abschnitt 40 B. Quarkkarte

am Mittwoch, den 27. November

1918 für die Kunden der

Verkaufsstelle Näher Nachb.

Markt 9, und einen Teil der

Kunden der Verkaufsstelle

Schöne Nachb., Al. Ritter-

straße 8.

Der Rest der Kunden dieser

Verkaufsstelle wird nächste

Woche beliefert.

Wenn Vorlegung der neuen

Quarkkarte werden auf den

Kopf 60 Gramm Quark zum

Preise von 12 Pfennig aus-

gestellt. — Die Kunden der

übrigen Verkaufsstellen werden

der Reihe nach später be-

liehert. Der Zeitpunkt der

Ausgabe wird vorher bekannt-

gemacht.

Merseburg, den 25. Nov. 1918.

Das fädt. Lebensmittelamt

Nr. L. A. II. 928/18.

Ausgabe von Geflügelint.

Der Stadt ist ein größerer

Vorrat Geflügelint zugewie-

sen. Für jedes in das

Züchterregister eingetragene

Gänse werden zugestellt:

1 Pfd. Geflügelint,

zum Preise von 0,82 Mk

1/2 Pfd. Reinsalz,

zum Preise von 0,08 Mk

zusammen zum Preise

von 0,40 Mk.

Die Ausgabe erfolgt vom

27. November 1918 ab in der

Städtischen Viehwirtschaft

Kaufmann Richard Schulz,

Rehere Breitenstraße 7.

Dort werden auch jederzeit

frische Eier zum gesetzlichen

Stückpreis abgegeben.

Merseburg, d. 26. Novbr. 1918.

M. 1895/18. Der Magistrat.

Zwei Herren suchen

freundl. Logis.

Gefl. Herren unter A 38

an die Expedition d. Bl.

1 Stuhlgarnitur,

echt neu, preiswert zu ver-

kaufen. Angebote mit M. S.

No. 1112 an die Exp. d. Bl.

Ein gut erhaltenes

Puppentheater

ist zu verkaufen.

Volontar 9, p. l.

Frauen-
Versammlung

Mittwoch, den 27. November 1918, abends 1/2 8 Uhr,

im „Tivoli“-Saal.

Vortrag des Herrn Superintendenten, Professor Bithorn:
„Die gegenwärtige Lage und unsere Zukunftsaufgaben!“

Alle Frauen und Mädchen von 20 Jahren an sind dazu herzlich eingeladen.

Deutsch-Evang. Frauenbund.

Der Vorstand: H. Hahn.

Bekanntmachung.

Sprechstunden in Altes Legenfeld der Rittstraße für Krankebesuche sind im „Tivoli“-Saal, Rittstraße Nr. 1, am Mittwoch vormittags 10 bis 12 Uhr, Sonntag abends 7 bis 9 Uhr, auch der nur vorübergehenden, wird gegeben. Merseburg, d. 16. Juni 1918. Der Arbeits-Ausschuß der Kreisärztekollegien für Kreisbesuche.

Hustenentropfen,

nahe vorzüglich gegen Husten, Atemnot, Verschleimung, über 30 Jahre und damit verbundenen Bronchitis sicher wirkend. Auch bei Kindern verträglich. Bei Wiedererkrankung höherer Dosis. Verkaufsstellen: Merseburg, Heiligenstadt, Eintracht.



Ausgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 2. bis 8. Dez. 1918 werden auf den Kopf der Bevölkerung ausgestellt:

75 Gramm Buchweizenmehl zum Preise von 12 Pfennig auf

Besuchschein Nr. 82,

1/2 Pfund Marmelade zum Preise von 50 Pfennig auf Besuchs-

schein Nr. 83,

1/2 Liter Wein zum Preise von 250 Mk. auf Besuchschein

Nr. 84.

Abgabe der Besuchscheine Nr. 82, 83 und 84 am Mittwoch,

den 27. und Donnerstag, den 28. November 1918.

In der Volks- und Mittelhandlungen und in den Geschäftsstellen sind für Willensbesuche abzugeben: nichts.

Erzählung der Notdenkmäler durch die Verkaufsstellen bis spätestens Freitag, den 29. November 1918, mittags 12 Uhr.

Verkauf der Ware.

Der Verkauf der zugewiesenen Ware erfolgt von Donnerstag, den 5. Dezember bis einschließlich Sonntagabend, den 7. Dezember 1918 gegen Abgabe der Zulassungsscheine.

Merseburg, den 25. November 1918.

R.-M. II. 3268/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe der Milchmarken für den Monat Dezember 1918

im alten Rathaus in der Burgstraße Nr. 1.

Die Ausgabe erfolgt gegen Abgabe der Stammarken für den Monat November

Donnerstag, den 28. November 1918,

vormittags von 8-1 Uhr,

für die Kunden der Verkaufsstelle: Schwalbe, Burgstr. 14,

nachmittags von 3-6 Uhr,

für die Kunden der Verkaufsstellen: Müller, Schmidt, Schubert,

Burgstraße 16, am

Freitag, den 29. November 1918,

vormittags von 8-1 Uhr,

für die Kunden der Verkaufsstellen: Hofmann, Döbe, Prall,

nachmittags von 3-6 Uhr,

für die Kunden der Verkaufsstellen: Reizner, Mandrich,

Merseburg, den 26. November 1918.

R.-M. II. 3272/18. Das städtische Lebensmittelamt.

Erstklassige Militär-Reservebräutanden

Abstammung belgischer und deutscher Schafse etwa 600 Stück

wird am Mittwoch, den 27. November, vormittags 10 Uhr

am Delwerk in Ammendorf dem Fabrik Vorkauf meistbietend

versteigert.

Korps-Nachrichtenpark, IV. Armee-Korps in Ammendorf.

Ich habe meine Praxis

wieder aufgenommen

Augenarzt Dr. Paul,

Halle a. S., Leipzigerstr. 66.

Karl Tänzer

Adolf Schäfers Nachf.

Spezialgeschäft

für

Bräut- und Erstlings-

Wäsche-Ausstattungen

Größe Auswahl! Mäßige Preise!

Merseburg

Entenplan 7 Fernsprecher 259 Entenplan 7

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 27. November, abends 1/2 8 Uhr,

im „Tivoli“ stattfindende

öffentliche Frauen-Versammlung

machen wir unsere Mitglieder hierdurch aufmerksam auf

biten um

möglichst zahlreiches Erscheinen.

Vaterländischer Frauen-Verein, Merseburg-Stadt.

Frauenhilfe der Altenburg.

Dom-Frauenhilfe.

Frauenhilfe St. Margari.

Frauenhilfe des Neumarkts.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, d. 28. November, 10 Uhr vorm.,

findet auf dem Hofe des Landsturms-Batt. im Gefangenenlager

Versteigerung

von leichten und mittelschweren Arbeits-

perden, 2 Eiern, Leiterragen, Pferde-

und Ochsen-Gehtren usw.

gegen Vorkaufszahlung. Käufer, die mit Arbeitsanlei-

gaben, erhalten den Vorkauf. Kaufberechtigt sind nur Land-

wirte und Gewerbetreibende, die sich als solche durch beglau-

lichtete Bescheinigung ausweisen können.

Pferdehändler sind vom Verkauf ausgeschlossen.

Merseburg, den 26. November 1918.

Der Soldatenrat. Die Pferde-Kommission.

J. A. Döb. Rudolph, Mitstreiter.

HERMANN SCHLADITZ

UHREN

GOLD- und SILBERWAREN

OPTISCHE ARTIKEL

JETZT

KL. RITTERSTR. NO. 11.

FERNSPRECHER 472.

Verbrennungs-Särge

aus Metall und Holz, sowie

grosses Lager eichener und kieferner Pfostensärge.

Metall-Särge

Sarg-Magazin von O. Scholz Ww.

Merseburg.

Gotthardstr. 34. Telephone 458. Gotthardstr. 34.

